

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Druckerei-Comptoir: 25 241.
Kurs für Nachgelieferte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mark.
Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Seite 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameseite 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberleitungsgebühr 10 Pfg. Zusätzl. Beiträge gegen Vorabbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 33/34.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Ronko 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit beifolgender Querschnittsangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unersuchtige Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Häter** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

Intimes aus der französischen Politik.

„Undurchführbare Klauseln von Versailles.“ — Frankreichs Sintergründe für Locarno. Demokratische Gefährdung des Fürstkompromisses. — Sprengung der Dresdner Stadtverordnetenversammlung.

Briand als Lobredner Locarnos.

Paris, 1. März. In der heutigen Kammerführung wurde die Diskussion über die Ratifizierung der Abkommen von Locarno fortgesetzt. Der Abg. Louis Marin beendete seine am Sonnabend unterbrochene Rede. Als er erklärte, daß sich die englische Presse geregt habe, als Chamberlain Polen einen Sitz im Völkerbundsrat zugestehen wollte, rief Briand: „Wenn es kein Locarno gegeben hätte, dann wissen Sie doch sehr wohl, was sich vorbereitete. Sie kennen die Verhandlungen, die im Gange waren.“ Als Marin in Briand aufforderte, sich deutlicher zu erklären, erwiderte Briand: „Wenn Sie die Bedeutung dieser Unterredung nicht kennen, ist es unnötig, daß wir darüber reden.“ Marin erklärte: „Ich kenne sie. Ich weiß, was sich mit Moskau vorbereitete. Ich bin sicher, daß England zu spät bemerken wird, daß es unrecht getan hat, so zu handeln, wie es gehandelt hat.“ Als Marin erklärte, Deutschland könne wohl zu militärischen Mitteln greifen, um den Anschluß mit Österreich zu erzielen, rief Briand: „Das würde für Deutschland nicht ungefährlich sein.“ Als Marin schließlich die Räumung der Kölner Zone beantragte, sagt Briand: „Sprechen wir doch als Franzosen zu Franzosen. Ich frage Sie, wo hätten wir dann die Soldaten hernehmen sollen, um in Marokko und in Syrien Krieg zu führen?“

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Briand u. a.: Wenn die Abkommen das sind, was Marin gesagt hat, dann soll man sie nicht ratifizieren, denn dann wären sie kein Friedensinstrument, sondern würden eine neue Kriegsgefahr bedeuten.

Der Friedensvertrag von Versailles enthält undurchführbare Klauseln.

deshalb ist im Jahre 1921 die Konferenz von Cannes zusammengetreten. Frankreich hat seine Stellung durch Locarno nicht verschlechtert. Es spielt überall die glückliche Rolle eines Schlichtrichters, den man anführt. Man vergißt zu leicht, daß Deutschland entschlossen war, nicht isoliert zu bleiben und daß, wenn die Abkommen von Locarno nicht unterzeichnet worden wären, Frankreich eines Tages vor einer besonders gefährlichen Situation hätte stehen können. Sie sagen, daß Deutschland aus dem Vertrage Nutzen ziehen wird. Warum soll es das nicht? Warum glauben Sie, daß bei diesen Diskussionen im Völkerbund Frankreich notwendigerweise geschlagen wird? Die Vorkonferenz hat die Entwaffnungsfrage verfolgt und beschlossen, daß die Zone von Köln, nachdem der Entwaffnungsplan durchgeführt war, geräumt werden müsse. Durch die Verhandlungen von Locarno ist eine günstigere Atmosphäre für die Regelung dieser Entwaffnungsfrage geschaffen worden. Ich glaube nicht, daß man amischen dem Abkommen von Locarno und einem Alliansystem hätte wählen können. England war infolge des Scheiterns der Konferenz von Cannes hierzu nicht mehr geneigt. Alles hat sich im vollkommenen Einverständnis mit der Tscheko-Slowakei und Polen vollzogen.

Im übrigen hindert das Abkommen von Locarno Frankreich nicht, sich zu bewaffnen und über seine eigene Sicherheit zu wachen.

Abg. Fabry ruft, diese Stelle der Rede des Ministerpräsidenten müsse man sich für die Diskussion der Heeresreform vornehmen.

In der Nachmittags-Sitzung nahm der demokratisch-republikanische Linken angehörende Oberst Pipot, ein Kriegsinvalid, das Wort, der in außerordentlich eindringlicher Form für eine Ratifizierung der Abkommen von Locarno eintrat. Locarno bedeute wiedererstandene Hoffnung. Deshalb müsse man sich Briand anschließen. — Der sozialistische Abgeordnete Spinasse erklärte zu Beginn seiner Rede, daß einig, was im Versailles Vertrag lebendig sei, sei der Völkerbund. Ohne den Völkerbund gebe es keine Sicherheit, und ohne seine Kontrolle keine Abrüstung und Entwaffnung. Er könne begreifen, daß auch ein „provisorisch entwaffnetes“ Volk von 80 Millionen, wie Deutschland es sei, im Vergleich zu Frankreich, das zwar mächtig bewaffnet, aber finanziell waffenlos und dazu durch innere Streitigkeiten zerstückelt sei, wenn diese beiden einander gegenübergestellt würden, gewissen Leuten keine einfließen könne. Der Redner tritt dieser Ansicht entgegen und fährt fort: Deutschland habe, um die Verträge auszuführen, große Anstrengungen unternommen. Man müsse daher in der Erfüllung der Entwaffnungsklauseln, hauptsächlich aber in der Unterzeichnung der Abkommen von Locarno, einen formellen Beweis des guten Willens Deutschlands finden, der nach dem Vertrag zur Räumung des linken Rheinufer sei nicht nur an die Erfüllung gewisser Vertragsklauseln gebunden, sondern auch an die Sicherheit Frankreichs.

Es befänden sich in diesem Parlament zahlreiche Abgeordnete, die der Ansicht seien, daß Deutschland sich nicht nur nicht entwaffnet habe, sondern daß es sich in einer für Frankreich sehr beunruhigenden Weise wieder bewaffnet habe. (1)

Wir sind der Ansicht, daß in gewisser Hinsicht das linke Rheinufer nicht zu unterwerfende Garantien bietet. Denn wenn Frankreich angegriffen werde, werde es vorteilhafter sein, daß das Kampffeld sich im Gebiet seiner Feinde und nicht in Frank-

reich befinde. Der Abgeordnete Spinasse scheint die Räumung des linken Rheinufer als ein wenig leichtfertig anzunehmen. Selbst Briand hat erklärt, daß diese Frage für den Augenblick nicht gestellt sei.

Der Abg. Spinasse fährt fort, ich begreife, daß Sie ängstlich sind bei dem Gedanken, daß die Befreiung des linken Rheinufer ein Ende nehmen wird, aber wir haben einen Vertrag mit Deutschland, den wir zu beobachten haben. Der Abg. Fabry erklärt: Unsere Sicherheit ist an diese Befreiung gebunden, weil die Garantieklausel Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nicht in die Erscheinung getreten ist. Spinasse erklärt, wir haben es nicht mit unseren Alliierten, sondern mit Deutschland zu tun. Der Dawes-Plan und die Abkommen von Locarno müssen als stützende Garantien gelten, um gegen diejenigen auszutreten, die erlassen, die Befreiungsklauseln im Rheinland hätten noch nicht begonnen. Der Abg. Fabry will erwidern, wird aber von den Sozialisten daran gehindert.

Der radikale Abgeordnete Margaine ersucht, die Abkommen von Locarno zu ratifizieren, erklärt aber als Vertreter des Warndepartements, er müsse daran erinnern, daß selbst nach Abschluß der Verträge nicht vergessen werden dürfe, daß der Schutz der französischen Diarzenge verfehrt werden müsse. Im Jahre 1926 sei noch nichts geschehen, um diese Diarzenge vor einem Ueberfall zu schützen. Paul Levoe erhebt sich und erklärt, er hoffe, daß der Abgeordnete in einigen Monaten das Gegenteil sagen werde. (1) Der Abgeordnete Margaine fährt fort, der Minister hat uns gesagt, daß wir am Vorabend einer neuen Zeit stehen. Inzwischen aber dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Sicherheit gewährleistet werden muß. Hieraus wird die weitere Beratung auf morgen vormittag vertagt. (W. T. B.)

Locarno in der Senatskommission.

Paris, 1. März. Die Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten hat heute die Ratifizierung der Abkommen von Locarno einstimmig gutgeheißen. Der Ministerpräsident wies im Verlaufe seiner Erklärungen erneut darauf hin, daß der Locarno-Vertrag in keiner Weise eine Neuerung gegenüber dem Friedensvertrag von Versailles darstelle. Briand schloß mit der Feststellung, daß es unrichtig wäre, anzunehmen, daß mit dem Vertrag von Locarno sämtliche Fragen des Sicherheitsproblems endgültig gelöst seien. Die Abstimmung der Kommission ist beachtenswert, da sie den Wunsch zeigt, Briand noch vor seiner Abreise nach Genf ein verstärktes Prestige zu verleihen. (Z. U.)

Vorgang des französischen Finanzkampfes.

Nach dem Senat wieder die Kammer.

Paris, 1. März. Der Finanzausschuß der Kammer hat heute vormittag mit der Beratung der vom Senat angenommenen Steuervorlage begonnen. Finanzminister Doumer, der den Beratungen beizuhöhen, befaßte darauf, daß die 5500 Millionen, die der Senat bewilligt habe, angenommen werden müßten, während der Ausschuß die Frage zu stellen beabsichtigte, ob nicht 4200 Millionen neue Steuern genügt. Eine Entscheidung über diese Stellungnahme soll alsbald erfolgen. Der Finanzausschuß hofft, die Beratung so fördern zu können, daß die Kammer bereits am Mittwoch oder Donnerstag sich mit den Steuerbeschlüssen des Senats beschäftigen kann, damit diese endgültig Ende dieses Monats verabschiedet werden können.

In der Einzelberatung setzte der Finanzausschuß der Kammer zunächst den für den Ausgleich des Budgets notwendigen Betrag von 4000 Millionen fest, nahm alsdann den vom Senat abgelehnten Steuerentwurf wieder auf und leitete im weiteren Verlauf der Sitzung den vom Senat festgesetzten Zahlungsschemel ab. (W. T. B.)

Strafantrag im Holzmann-Prozess.

Berlin, 1. März. Im Prozess Holzmann-Varthels erklärte der Staatsanwalt den Angeklagten Regierungsrat Varthels durch die Beweisaufnahme für überführt des Berechnens der einfachen Urkundenfälschung und des Berechnens der Fälschung im Sinne des § 332 (Entgegennahme von Vorteilen für pflichtwidrige Handlungen). Es solle ihm gegenüber nicht die völlige Schwere des Vergehens, das eigentlich die Zuchthausstrafe vorsehe, Anwendung finden, da Varthels gerade von Holzmann verführt worden sei, den er als reichen Ausländer kennengelernt habe. Es müsse eine einheitliche Handlung sowohl bezüglich der Berechnung wie auch der Urkundenfälschung angenommen werden. Die Staatsanwaltschaft beantragte daher: der Angeklagte Regierungsrat Varthels ist auf Grund des § 332 zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis zu verurteilen, wegen der einfachen Urkundenfälschung zu 3 Wochen Gefängnis, im ganzen zu 1 Jahr 8 Monaten und 3 Wochen Gefängnis. Auf die Unteruchungsfrist sind 5 Monate und 3 Wochen Gefängnis anzurechnen, so daß eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr noch zu verbüßen ist. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten nicht abgesprochen, jedoch wird ihm das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren verlagert. Der Betrag von 24 000 Mark, den der Angeklagte als Berechnung erhalten hat, wird für die Staatskasse verfallen erklärt.

Die nationale Rückenlehne.

Nach sechswöchiger Amtstätigkeit läßt sich im Privatleben ebensowenig wie in der Öffentlichkeit eine sichere Prognose für den Erfolg einer Persönlichkeit oder eines Kabinetts stellen. Diese Zeit reicht eben dazu aus, umfassende Programme und hoffnungsfroh Versprechen kundzugeben, und nur in seltenen Fällen, das heißt wenn außergewöhnliche Köpfe an der Arbeit sind, wirkt sich ein neuer Kurs von vornherein in Taten aus. Das Kabinett Luther, diese mühsame Spätkunde, hat also ein Anrecht auf Nachsicht, um so mehr, als bei seinem Zustandekommen nicht lediglich die Qualität der Köpfe, sondern die Erträglichkeit des Kompromisses das Ausschlaggebende war. Trotzdem erscheint es geboten, schon jetzt eine Art Zwischenbilanz zu ziehen, denn wenn auch seitens der Regierung keine mittragenden Entscheidungen gefaßt worden sind, so ist doch die Entwicklung der Verhältnisse nicht liebenswürdig. Es sind im Gegenteil einige so wichtige innen- und außenpolitische Verpflichtungen eingetreten, daß der Gedanke an eine irgendwie geartete Rückwirkung auf die Zusammensetzung des Kabinetts nicht von der Hand zu weisen ist.

Man hatte die gegenwärtige Regierung der Mitte — und zunächst sicher nicht mit Unrecht — als verflechtete Große Koalition bezeichnet, die im gegebenen Augenblicke bereit sei, den Sozialdemokraten goldne Brücken zum Regierungseltritt zu bauen. Es wäre damit nur dem Wunsche des rechten Flügels der sozialistischen Linken Rechnung getragen worden, den schon längst wieder nach den Fleischtöpfen der Regierung gekostet; und auch die Berliner demokratische Presse, die höchst widerwillig das brüderliche Band nach links gelockert sah, hat bei Tag und Nacht an nichts anderes als an die Rückkehr der demokratisch-sozialistischen Parteidiktatur gedacht. Der Lauf der Dinge scheint jedoch eine andere Richtung zu nehmen, und ohne sich im gewagte Prophezeiungen zu verlieren, kann heute festgesetzt werden, daß sich die Aussichten für die Große Koalition bis zur Unwahrscheinlichkeit verschlechtert haben. Die Regierungsunfähigkeit der gegenwärtigen sozialdemokratischen Führung, über die sich die Rechtsparteien nie im unklaren gewesen sind, hat sich in der Frage der Parteienabfindung so handgreiflich offenbart, daß selbst Zentrumskreise im Westen vor den roten Entleerungs-experimenten einen gelinden Grusel bekamen und merklich von der sozialistisch-kommunistischen Union abrückten. Ueberdies haben die bisherigen Abstimmungen im Reichstage gezeigt, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, artig in den Kulissen stehen zu bleiben, bis ihr Stichwort fällt, sie hat die ersten Lebenswochen des Kabinetts eher gefährdet als gefördert und bei jeder Gelegenheit bewiesen, daß sie im Grunde ihres Herzens nicht die Große Koalition mit ihren parlamentarischen Beschränkungen, sondern die Alleinherrschaft nach dem Geschmack ihrer Radikalkreise erstrebt.

Was Wunder, daß sich der Blick der Koalitionsparteien, die mit ihrer kümmerlichen Elf-Stimmen-Mehrheit ohne freundliches Wohlwollen der Opposition von einer Krise, in die andere geraten müssen, wieder auf jene Partei richtete, die eine kurze aber bedeutungsvolle Stütze der jüngsten Geschichte den Regierungskarren mit gezogen und ihre Sache dabei gut, sogar sehr gut gemacht hat. Freilich will man dies, um das Gesicht zu wahren, auch jetzt noch nicht allenthalben anerkennen, im Grunde genommen aber wäre man ganz froh, wenn sich mit den Deutschnationalen ein Modus vivendi finden ließe. Denn nicht nur innerpolitisch fordert der durch die Wirtschaftskrise sich bedenklich verstärkende Radikalismus einen engeren Zusammenschluß der staatsverhaltenden Parteien, auch außenpolitisch hat der Kampf um die Erweiterung des Völkerbundsrates Deutschland vor eine schwere Verlastungsprobe gestellt. Mit erschwerlicher Deutlichkeit ist bisher von amtlicher Seite betont worden, daß Deutschland eine Umgestaltung in Genf ohne seine Mitwirkung und gegen seinen Willen nicht als vollendete Tatsache anerkennen könne und daß von dem alleinigen Eintritt Deutschlands in den Rat das Wohl und Wehe von Locarno abhängt. Wer aber wagte nach all dem, was wir in dieser Beziehung nun schon seit Jahren erlebt haben, zu hoffen, daß die Festigung dieses anerkanntesten Willens keinen Schaden erleiden werde, wenn es erst der Linken wieder gelingen ist, die Planmacher innerhalb der Koalition zum Mitspielen der Völkerbundshymne zu bewegen? Männer wie Stresemann brauchen eine nationale Rückenlehne, wenn sie an internationalen Verhandlungstische geradesitzen sollen; sie leben sonst den Schaustuhl vor. Man mag das als empfindlichen Mangel bei einem Staatsmann bezeichnen — es ist aber andererseits schwer zu sagen, wie in Deutschland eine brauchbare Außenpolitik geführt werden soll, solange es an einer nationalen Mehrheit fehlt, die im entscheidenden Augenblick mit ihrem Führer durch dick und dünn geht.